



«Wirtschaft & Politik aktuell»

Ausgabe für Lehrpersonen

Wie grün soll die Wirtschaft sein?

Ausgabe 6, 2016

Prof. Dr. Roman Capaul





© by KLV Verlag AG

Alle Rechte vorbehalten

Trotz intensiver Nachforschungen gelang es uns nicht in allen Fällen, die Rechteinhaber zu ermitteln. Wir bitten diese, sich mit dem Verlag in Verbindung zu setzen. Meldung bitte direkt an den Verlag: rechte@klv.ch oder Telefon 071 845 20 10.

Layout und Cover: KLV Verlag AG

Ausgabe 6, 2016

KLV Verlag AG | Quellenstrasse 4e | 9402 Mörschwil
Telefon +41 71 845 20 10 | Fax +41 71 845 20 91
info@klv.ch | www.klv.ch

«Wirtschaft & Politik aktuell»

**Sehr geehrte Kollegin
Sehr geehrter Kollege**

w&p aktuell



Ein zentrales Bildungsziel der Wirtschaftsfächer in der Sekundarstufe II ist die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zu mündigen Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürgern. Die Schülerinnen und Schüler sollen zu aktuellen Themen eine eigene, fundierte Meinung entwickeln können. Mit unserem Unterricht fördern wir die Fähigkeit zum selbstständigen Urteilen in anspruchsvollen, wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Für unseren Rechtsstaat ist dies ein essenzielles Anliegen. Oder wie es Milton Friedman einmal sagte: «Eine stabile und demokratische Gesellschaft kann ohne ein Minimum an Bildung und Wissen bei der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und ohne weitgehend akzeptierte allgemeine Werte nicht existieren.»

Unsere Demokratie ist ein kostbares Gut. Sie entwickelt sich laufend dynamisch weiter. Die Fragestellungen werden immer komplexer und kontroverser. Patentlösungen gibt es in der Regel keine. Es gilt, Zielkonflikte abzuwägen. Wir können die Jugendlichen mit unserem Unterricht motivieren und befähigen, an den herausfordernden Fragestellungen zu partizipieren. Ziel sollte es sein, dass die Jugendlichen bereit (Haltung) und fähig (Wissen) sind, Verantwortung für die aktive und konstruktive Entwicklung unseres Rechtsstaates zu übernehmen. Dem KLV Verlag, economiesuisse sowie dem Institut für Wirtschaftspädagogik (IWP-HSG) ist dieses Anliegen sehr wichtig. Wir haben uns deshalb zusammengeschlossen, um halbjährlich ein relevantes wirtschaftspolitisches Thema so aufzubereiten, dass es während 90 Minuten im Unterricht umgesetzt werden kann. Die Unterrichtseinheit ist direkt einsatzbereit und wird Ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich können Sie als Lehrperson die Vorlagen nach eigenem Ermessen weiterentwickeln und auf die eigene Unterrichtssituation anpassen.

Bei der Ausgestaltung der Unterrichtseinheit sind uns folgende Aspekte wichtig:

1. Die Fragestellung wird aus mehreren Perspektiven beleuchtet.
2. Normative Fragen werden offengelegt.
3. Der Umgang mit Quellen geschieht sorgfältig.
4. Das für die Entscheidungsfähigkeit relevante Wissen wird aufbereitet.
5. Die gehaltvolle Argumentation und Diskussion während der Unterrichtssequenz haben einen hohen Stellenwert.

Wir wünschen Ihnen interessante Lektionen mit unseren Unterlagen. Für Anregungen und Rückmeldungen sind wir Ihnen sehr dankbar.

Bitte richten Sie diese an roman.capaul@unisg.ch.

Freundliche Grüsse

Prof. Dr. Roman Capaul

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Wie grün soll die Wirtschaft sein?

Vorschlag für eine Unterrichtsdisposition (90 Minuten)

Inhalt	Methode / Hilfsmittel	Zeit
Einstieg Tagesschaubeitrag «Grüne Wirtschaft»	Video auf www.srf.ch/play/tv/po-pupvideoplayer?id=6a016e3c-bdb0-4523-a1a6-ff1396949d49	5 Min.
Auftrag 1 Initiativtext	Lektüre Initiativtext	4 Min.
Auftrag 2 Grafik zur Initiative	Kerngedanken in einer Abbildung zusammenfassen	15 Min.
Auftrag 3 Text 1 «Grüne Wirtschaft»	Text 1 «Grüne Wirtschaft» lesen, erläutern und besprechen	13 Min.
Auftrag 4 Text 2 «economiesuisse»	Text 2 «economiesuisse» lesen, erläutern und besprechen	13 Min.
Auftrag 5 Leitfragen	Gegenüberstellung von Pro- und Kontra-Argumenten	15 Min.
Auftrag 6 Gegenvorschlag zum Initiativtext	Entwicklung einer eigenen Meinung und eines neuen Lösungssatzes	20 Min.
Zusammenfassung		5 Min.
Tipp: Entspannter wäre es, wenn man für Auftrag 6 «Gegenvorschlag zum Initiativtext» eine dritte Lektion einsetzen kann!		

w&p aktuell



«Wirtschaft & Politik aktuell»

Wie grün soll die Wirtschaft sein?

1 Initiativtext

Quelle: www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis402t.html

Auftrag 1: Initiativtext

Lesen Sie die Initiative im Wortlaut, um einen Überblick über den Inhalt zu erhalten.

I

Die Bundesverfassung¹ wird wie folgt geändert:

Art. 94a (neu)

Nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft

¹Bund, Kantone und Gemeinden streben eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft an. Sie fördern geschlossene Stoffkreisläufe und sorgen dafür, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten das Potenzial natürlicher Ressourcen nicht beeinträchtigen und die Umwelt möglichst wenig gefährden und belasten.

²Zur Verwirklichung der Grundsätze nach Absatz 1 legt der Bund mittel- und langfristige Ziele fest. Er fasst zu Beginn jeder Legislatur einen Bericht über den Stand der Zielerreichung. Falls die Ziele nicht erreicht werden, ergreifen Bund, Kantone und Gemeinden im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zusätzliche Massnahmen oder verstärken die bestehenden.

³Der Bund kann zur Förderung einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft namentlich:

- Forschung, Innovation und Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen sowie Synergien zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten fördern;
- Vorschriften für Produktionsprozesse, Produkte und Abfälle sowie für das öffentliche Beschaffungswesen erlassen;
- Steuer- oder Budgetmassnahmen ergreifen; insbesondere kann er positive steuerliche Anreize schaffen und eine zweckgebundene oder haushaltsneutrale Lenkungssteuer auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen erheben.

II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 8 (neu)²

8. Übergangsbestimmung zu Art. 94a (Nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft)

Bis ins Jahr 2050 wird der «ökologische Fussabdruck» der Schweiz so reduziert, dass er auf die Weltbevölkerung hochgerechnet eine Erde nicht überschreitet.

¹SR 101

²Da die Volksinitiative keine Übergangsbestimmung der Bundesverfassung ersetzen will, erhält die Übergangsbestimmung zum vorliegenden Artikel erst nach der Volksabstimmung die endgültige Ziffer, und zwar aufgrund der Chronologie der in der Volksabstimmung angenommenen Verfassungsänderungen. Die Bundeskanzlei wird die nötigen Anpassungen vor der Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts (AS) vornehmen.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

2 Grafik zur Initiative

Quellen: Initiativtext, www.gruenewirtschaft.ch/argumente und www.gruener-zwang.ch/de/argumente

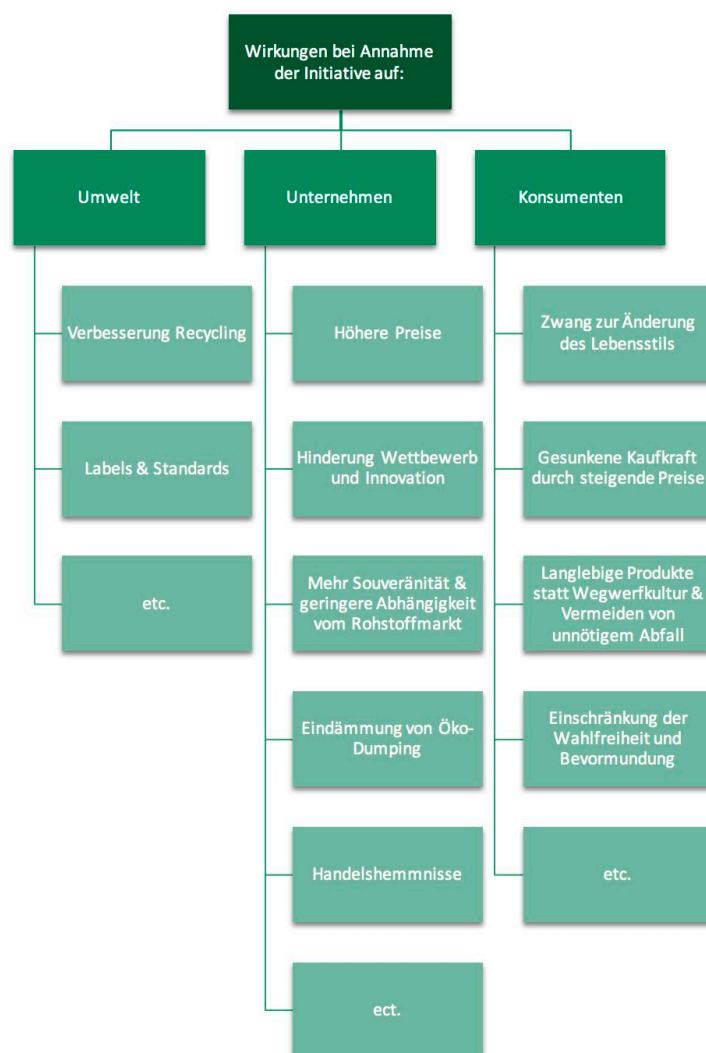
Auswirkungen bei Annahme der Initiative

Die Initiative verlangt nach Massnahmen für Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit, um die festgelegten Ziele des Bundes zu erreichen. Solche Massnahmen betreffen unterschiedliche Bereiche und führen zu unterschiedlichen Wirkungen in der Wirtschaft und Gesellschaft.

Auftrag 2: Grafik zur Initiative

Visualisieren Sie die Auswirkungen der Initiative in einer Grafik, die verschiedene (mögliche) Wirkungen einer Annahme der Initiative übersichtlich darstellt.

Hinweis: Hier sind unterschiedliche Lösungen, Ansätze und Erweiterungen möglich! Dies ist ein möglicher Lösungsvorschlag.



«Wirtschaft & Politik aktuell»

3 Text 1 «Grüne Wirtschaft»

Quelle: www.gruenewirtschaft.ch

4 Auftrag 3: Text 1 «Grüne Wirtschaft»

Lesen Sie den Text 1 «Ja zur Grünen Wirtschaft», der die Position und Standpunkte der Befürworter zeigt. Sie finden den Text auch unter folgender Quelle: https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/gruwi/pages/146/attachments/original/1470342870/gw_erl%C3%A4uterungen_d.pdf?1470342870



JA ZUR GRÜNEN WIRTSCHAFT

Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»

In der Schweiz steigen die Abfallberge und die Umweltbelastung der Wirtschaft. Der grösste Anteil davon (73 Prozent) entsteht im Ausland. Mit der Umstellung auf eine ressourceneffiziente und nachhaltige Wirtschaft sollen Umweltprobleme wie Klimawandel, Urwaldabholzung und Überfischung bekämpft und natürliche Ressourcen nachhaltig genutzt werden. Die Wegwerfwirtschaft soll deshalb langfristig durch eine Kreislaufwirtschaft abgelöst werden, die auf langlebige und umweltfreundliche Produkte setzt und Abfälle als Rohstoffe wiederverwendet.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Grünen im Herbst 2012 die Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft eingereicht. Ziel der Initiative ist, die Umweltbelastung der Schweiz bis ins Jahr 2050 auf ein global vertragliches Mass zu reduzieren. Nur so können wir langfristig unsere Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand erhalten. Die Initiative ermöglicht, das Umweltschutzgesetz aus dem Jahr 1983 zu modernisieren. Damit wird verhindert, dass die Schweiz umweltpolitisch ins Hintertreffen gerät. Die Initiative schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze, fördert Qualität und Innovation und hilft den Konsument/innen dank Wiederverwertung und Reparatur Kosten zu sparen.

Der Bundesrat hat den Handlungsbedarf erkannt und der Initiative als Gegenvorschlag die Revision des Umweltschutzgesetzes gegenüber gestellt.¹ Der Gegenvorschlag ist trotz grossem Engagement von Bundesrätin Doris Leuthard und breiter Unterstützung (IG Detailhandel und weitere Wirtschaftsverbände, 25 Kantone) im Parlament gescheitert. Die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» kommt am 25. September 2016 zur Abstimmung.

Grüne Wirtschaft weltweit im Trend

Der UN-Gipfel Rio+20 zur Nachhaltigen Entwicklung hat die Grüne Wirtschaft offiziell auf die internationale Agenda gesetzt. Daran anknüpfend hat die Europäische Union im Dezember 2015 ein «Massnahmenpaket Kreislaufwirtschaft» verabschiedet. Sie will damit die Wettbewerbsfähigkeit steigern, Arbeitsplätze schaffen und ein nachhaltiges Wachstum erreichen.² Ziel ist es, eine maximale Wertschöpfung und Nutzung aller Rohstoffe, Produkte und Abfälle zu erreichen, Energieeinsparungen zu fördern und die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren.

¹ <http://www.bafu.admin.ch/wirtschaft/15556/15610/index.html?lang=de>
² http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6203_de.htm

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Wie grün soll die Wirtschaft sein?



Auch in der Schweiz besteht hierzu ein grosses Potenzial. Das hat auch Economiesuisse 2012 im Dossier «Green Economy» erkannt: «Die Schweiz muss sich für Green Economy starkmachen und so auch die Positionierung der Schweizer Wirtschaft stärken. [...] Für die Schweizer Wirtschaft ergibt sich unter dem Stichwort Green Economy ein Wachstumsfeld.» Konsequenterweise wurde die Initiative für eine Grüne Wirtschaft bei ihrer Lancierung auch positiv beurteilt: «Dem Vorschlag der Grünen muss man in seiner offenen Formulierung Sympathie entgegenbringen. Mit dieser Initiative versuchen sie echte Probleme zu lösen, und legen dabei Sachverstand an den Tag», sagte Economiesuisse bei der Lancierung.³ Seither hat sich der Wind allerdings gedreht. Mit ihrem Widerstand gegen die Kreislaufwirtschaft distanzieren sich Economiesuisse und die angeschlossenen Verbände und Firmen von der «Vision 2050» der internationalen Unternehmer-Agenda⁴, welche Fussabdruck eins bis in die 2050er-Jahre anstrebt. Auch die EU und weitere Länder verfolgen diesen Weg. Zudem will die EU bis 2050 die Treibhausgas-Emissionen um 80 Prozent reduzieren.⁵ Finnland ist bereits seit 2013 auf dem gleichen Kurs, den die Initiative vorschlägt, und hat sich zusätzlich noch ehrgeizigere Ziele gesteckt: eine CO₂-neutrale Gesellschaft bis 2050.⁶

DIE INITIATIVE

Der Inhalt der Initiative

Die Initiative für eine Grüne Wirtschaft basiert auf Selbstverantwortung und Subsidiarität und sie würde gemäss den in der Verfassung verankerten Prinzipien der Proportionalität sowie der Freiheit des Handels und der Industrie umgesetzt. Nur wenn die von Bundesrat und Parlament gesetzten Ziele mit den vorhandenen Instrumenten nicht erreicht werden, kann der Bund weitere Massnahmen zur Förderung einer ressourceneffizienten und nachhaltigen Wirtschaft vorschlagen und damit für alle Unternehmen die gleichen Wettbewerbsbedingungen schaffen. Dazu sollen bewährte umweltpolitische Instrumente pragmatisch und wirkungsorientiert weiterentwickelt werden, um auch den ökologischen Rucksack von Importen zu berücksichtigen und in der Schweiz weitere Verbesserungen zu ermöglichen. Weil eine Verfassungsinitiative keine detaillierten Regelungen in Kraft setzen kann, unterliegen alle Umsetzungsschritte dem normalen Gesetzgebungsprozess.

³ <http://www.nzz.ch/economiesuisse-sympathisiert-mit-den-gruenen-1.11715274>

⁴ <http://www.wbcsd.org/home.aspx>

⁵ http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2050/index_de.htm

⁶ http://www.ym.fi/en-us/the_environment/Sustainable_development

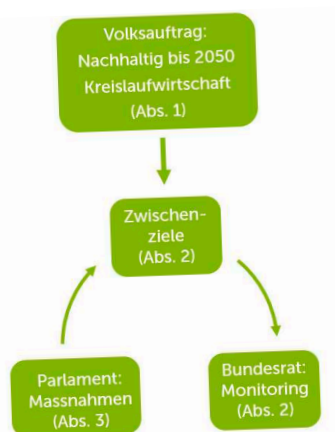
«Wirtschaft & Politik aktuell»

Wie grün soll die Wirtschaft sein?



Zusammenfassend steht die Initiative für:

- **Grüne Wirtschaft:** Die Initiative verankert die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft und der nachhaltigen Ressourcennutzung und damit das Ziel, Rohstoffe wo immer möglich wiederzuverwenden bzw. zu recyceln, erstmals in der Verfassung. Sie setzt auf die konsequente Förderung und Weiterentwicklung zukunftsfähiger Produktions- und Dienstleistungsprozesse von Ecode-sign bis zur Sharing Economy.
- **International abgestützter Zielpfad:** Die Initiative für eine Grüne Wirtschaft will die Umweltbelastung bis 2050 auf ein global verträgliches Mass senken, um Klimawandel, Urwaldabholzung, Überfischung und Abfallberge rechtzeitig zu bekämpfen. Auch die EU und andere Länder wollen bis 2050 in den natürlichen Grenzen des Planeten wirtschaften.
- **Konkrete Zwischenziele und regelmässige Berichterstattung:** Die Initiative verankert die nachhaltige Ressourcennutzung in der Verfassung. Die Umsetzungsschritte unterliegen dem normalen Gesetzgebungsprozess. Der Umbau zu einer Grünen Wirtschaft erfolgt Schritt für Schritt und wird anhand messbarer Zwischenziele überprüft. Massnahmen müssen nur ergriffen oder verstärkt werden, wenn Ziele aus eigener Kraft nicht erreicht werden.
- **Pragmatischer und subsidiärer Lösungsansatz:** Zu den möglichen Umsetzungsinstrumenten der Initiative gehören die Stärkung der Forschung und Innovation sowie von Synergien zwischen Wirtschaftsakteuren. Möglich sind auch gezielte Unterstützungen für Produkte und Produktionsprozesse, Umweltstandards für Importe oder Recycling-Quoten für wertvolle Materialien. Anreize können über die öffentliche Beschaffung oder haushaltsneutrale Abgaben auf natürliche Ressourcen geschaffen werden. Diese Instrumente sind bereits erprobt und bewährt.



«Wirtschaft & Politik aktuell»

Wie grün soll die Wirtschaft sein?



Volksabstimmung ist gewinnbar

Das Komitee will mit seiner Kampagne sowohl die ökologische Notwendigkeit als auch die wirtschaftlichen Chancen einer nachhaltigeren Wirtschaft aufzeigen. Mehr Umweltschutz trifft in der Bevölkerung auf eine breite Zustimmung. Die Annahme der Initiative gibt ausserdem wichtige Impulse für zukunftsfähige Arbeitsplätze, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sowie Kosteneinsparungen durch mehr Energie- und Materialeffizienz. Konsument/innen profitieren von der Initiative dank Produkten mit längerer Lebensdauer und besseren Reparatur- und Wiederverwertungsmöglichkeiten. Die Initiative ist sowohl im Eigeninteresse unseres Landes als auch ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber unseren Enkelkindern.

Weitere Infos fortlaufend auf www.gruenewirtschaft.ch.

«Wirtschaft & Politik aktuell»



5 Text 2 «economisesuisse»

Quellen: [economisesuisse](http://economisesuisse.ch/de/node/40798) und www.economisesuisse.ch/de/node/40798

6 Auftrag 4: Text 2 «economisesuisse»

Lesen Sie den Text 2 «economisesuisse», der die Position und Standpunkte der Gegner zeigt.

Nein-Kampagne «Grüne Wirtschaft» von economisesuisse

Die «Grüne Wirtschaft» kommt die Schweiz teuer zu stehen

Die Herausforderungen in der Umweltpolitik sind bekannt und ein verantwortungsbewusster Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen ist vor diesem Hintergrund wichtig. Deshalb will die Grüne Partei mit ihrer Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)», die am 25. September 2016 zur Abstimmung kommt, eine rigorose Kreislaufwirtschaft in der Verfassung verankern. Bei Annahme muss die Schweiz ihren aktuellen Energie- und Rohstoffverbrauch bis ins Jahr 2050 um mehr als zwei Drittel reduzieren.

Initiativforderung ist zu radikal

Die Initianten nehmen für sich in Anspruch, mit ihrer Initiative einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der globalen Umweltprobleme zu leisten. In Wahrheit schiessen sie mit ihren extremen Forderungen aber weit über das Ziel hinaus. Der Schaden für die Schweiz ist unverhältnismässig gross. Unternehmen sowie Konsumentinnen und Konsumenten müssen mit Produktions- und Konsumbeschränkungen sowie mit steigenden Preisen in verschiedenen Lebensbereichen rechnen. Der Nutzen für die Umweltproblematik bleibt dagegen fraglich. Einerseits sind die Handlungsmöglichkeiten in der Schweiz aus mehreren Gründen begrenzt, andererseits werden im Ausland weiter Ressourcen verschwendet. Für die Behebung einer globalen Herausforderung braucht es eine internationale Zusammenarbeit und keinen nationalen Alleingang. Aus diesem Grund engagiert sich das Schweizer Konsumentenforum kf an vorderster Front für die Ablehnung der Initiative. Auch Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft, Hauseigentümer, Automobilisten, Hotels, Restaurants, Freizeitveranstalter, Vertreterinnen und Vertreter von BDP, CVP, FDP und SVP sprechen sich für ein klares NEIN aus.

Die Radikalität der Initiative ist auch ein Grund dafür, weshalb das Verdikt des Bundesrates ernüchternd ausfällt. Er beurteilt das gesetzte Initiativziel in seiner Botschaft¹ als «kaum erreichbar» und die Initiative klar als «nicht umsetzbar». Das ist auch die Kernaussage der Studie «RessourcenEFFizienz Schweiz REFF»², die das Bundesamt für Umwelt (BAFU) in Auftrag gegeben hat.

Position economisesuisse

- Die Initiative führt zu extremen Vorschriften und Verboten. Dadurch werden Handlungsspielräume von Unternehmen eingeschränkt und wichtige Innovationen blockiert. Diese wären aber zwingend notwendig, um auch in Zukunft praxisnahe Lösungen im Effizienzbereich zu entwickeln.
- Nationale Sonderregulierungen stellen die Schweizer Wirtschaft in eine Abseitsposition. Es entstehen Handelshemmnisse, welche die Wettbewerbsfähigkeit gefährden und den Einkaufstourismus anheizen.
- Umfangreiche bürokratische Auflagen belasten Schweizer Unternehmen und verteuern die gesamte Produktion.

¹ Botschaft des Bundesrats: www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf, Seite 1818

² Studie RessourcenEFFizienz Schweiz REFF: Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung (www.bafu.admin.ch/abfall/10743/index.html?lang=de)

«Wirtschaft & Politik aktuell»

- Schweizer Unternehmen «grünen» seit Jahren freiwillig und erfolgreich. In internationalen Nachhaltigkeitsratings erreicht die Schweiz schon heute Podestplätze. Es gibt keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Schweizer Werkplatz drohen Wettbewerbsnachteile

Die erzwungene Reduktion des Energie- und Rohstoffverbrauchs um mehr als zwei Drittel hat weitreichende Konsequenzen für die Schweizer Wirtschaft. Aus dem BAFU-Studienbericht geht klar hervor, dass extreme Massnahmen aufseiten der Unternehmen notwendig sind, um die Forderung der Initiative umzusetzen. Zur Debatte stehen namentlich: tiefgreifende Produktionsbeschränkungen (planwirtschaftliche Steuerung der Ressourcen) zahlreicher Güter, Importverbote und hohe Umweltabgaben. All diese Zwangsmassnahmen verteuern diverse Produkte und Dienstleistungen stark. Die Hochpreisinsel Schweiz wird weiter zementiert und die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten sinkt.

- Die Initiative führt zu einem abrupten Strukturwandel in den Unternehmen. Hohe volkswirtschaftliche Kosten sind die Folgen.

Beispiel Einkaufstourismus

Bereits heute leiden Unternehmen an den Auswirkungen des Einkaufstourismus. Bei einer weiteren Verteuern von Produkten im Inland wird der Einkaufstourismus ins nahe gelegene Ausland sprunghaft zunehmen. Das hat weitreichende Folgen für Unternehmen und ihre Angestellten. Allen voran werden traditionelle Metzgerei- oder Käsereibetriebe sowie kleinere Dorfläden in ihrer Existenz bedroht. Aber auch die Grossverteiler dürften empfindliche Einbussen erleiden, und mit ihnen auch ihre zahlreichen Geschäftspartner und Zulieferer. Des Weiteren sind ganze Branchen – wie beispielsweise der Tourismus (inklusive Hotellerie und Gastronomie) oder die Transportbranche stark betroffen. Es stehen zahlreiche Arbeitsplätze – besonders in Grenzregionen und Berggebieten – auf dem Spiel.

Wird die Initiative angenommen, kommt es ausserdem zu einer Aufblähung der administrativen Auflagen. Denn viele Vorschriften müssen zuerst neu geschaffen und schlussendlich von einem zusätzlichen Beamtenapparat kontrolliert werden. Bürokratie und staatliche Eingriffe in den Markt verhindern oder blockieren jedoch wichtige innovative Entwicklungen, die Treiber für den Schweizer Wohlstand und für den technologischen Fortschritt sind. Bereits Rechts- und Investitionsunsicherheiten bei den Schweizer Unternehmen führen zu unnötigen Verzögerungsmechanismen. Das ist bezüglich der Lösungsfindung bei den aktuellen Umweltproblemen kontraproduktiv.

- Regulierungswahn und Planwirtschaft münden in die Sackgasse.

Durch die Initiative drohen die weltweit strengsten Gesetze, die den Unternehmen Vorgaben in der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen machen. Darunter fallen staatliche Vorschriften für Produktionsprozesse, Produkte und Abfälle. So entstehen nationale Sonderregeln, welche die Schweiz vom internationalen Markt abschotten und den Wettbewerb ausschalten. Es kommt zu folgenschweren Handelshemmnissen, die wichtige Freihandelsabkommen infrage stellen. Importe werden so erschwert oder beschränkt und die Hochpreisinsel Schweiz wird auf Jahre hinaus zementiert. Folglich wird der Einkaufstourismus stark ansteigen und Unternehmen werden sich überlegen, ob sie die Produktion ins Ausland verlagern. Die Initianten lassen ausser Acht, dass die Schweiz keine Insel ist.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Beispiel für eine mögliche Importvorschrift

Erlässt die Schweiz Material- oder Produktionsvorschriften für Mobilgeräte, kann es dazu führen, dass nur noch das nachhaltig produzierte «Fairphone» in der Schweiz verkauft werden darf. Mobilgeräte von Apple, Samsung usw. müssen Konsumentinnen und Konsumenten «illegal» im Ausland einkaufen.

- Ein Schweizer Alleingang erschwert den hier ansässigen Firmen den Zugang zum internationalen Markt.

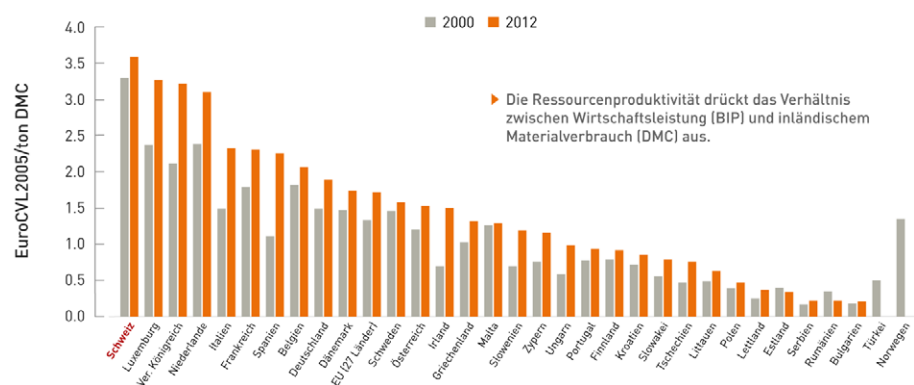
Hinzu kommt, dass zurzeit mehr als 60 Prozent des durch den Schweizer Konsum verursachten Ressourcenverbrauchs im Ausland anfallen. Die Handlungsmöglichkeiten in der Schweiz sind daher begrenzt. Etliche Potenziale bezüglich umweltschonendem Wirtschaften sind bereits heute weitgehend ausgeschöpft, da sich ressourceneffizientes Handeln für die Unternehmen nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern auch aus wirtschaftlicher Perspektive lohnt. Sparen sie Ressourcen, sind auch ihre Produktionskosten tiefer. Täglich tragen daher zahlreiche Schweizer Unternehmen zu einer «grünere» Wirtschaft bei. Sie rüsten ihre Produktionsstätten mit effizienter Gebäudetechnik und innovativen Energiekonzepten auf, verbessern ihre Ressourceneffizienz und schliessen Materialkreisläufe – und zwar ohne Zwangsmassnahmen durch den Staat. Zwar ist das Ziel damit noch nicht erreicht. Doch der eingeschlagene Weg stimmt und soll konsequent weiterverfolgt werden. Dafür brauchen Unternehmerinnen und Unternehmer in der Schweiz keine neuen Regulierungen, sondern eine Sicherstellung ihres unternehmerischen Freiiraums.

- Die Herausforderungen in der Umweltpolitik sind globaler Art. Gefordert sind internationale Lösungen. Nationale Alleingänge sind kontraproduktiv.

Exkurs: Schweiz führend im Bereich Ressourceneffizienz

Ressourceneffizienz bleibt auch ohne Initiative «Grüne Wirtschaft» eine hohe Priorität der Schweizer Unternehmen. Bereits heute sind sie weltweit führend, wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit zu vereinen. Jedes Jahr erscheinen diverse Studien und Rankings, welche die Ressourceneffizienz von unterschiedlichen Ländern untersuchen und vergleichen. Seit mehreren Jahren belegt die Schweiz dabei regelmässig die vorderen Ränge. Zudem nimmt die Schweiz im Bereich Recycling eine Vorbildrolle ein und erreicht mit einem privatwirtschaftlichen System sehr gute Quoten. Die EU sowie die USA hinken weit hinterher.

Ländervergleich Ressourcenproduktivität



Quelle: European Environment Agency EEA, 2015

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Steigende Preise und Zwangsmassnahmen für Privatpersonen

Die Senkung des Schweizer Energie- und Rohstoffverbrauchs um mehr als zwei Drittel erfordert vielseitige Massnahmen durch die Unternehmen. Diese bleiben jedoch nicht ohne Folgen für die Konsumentinnen und Konsumenten. Zum einen muss künftig mit höheren Preisen für Lebensmittel, Reisen und Mieten gerechnet werden. Denn die Lebensbereiche «Ernährung», «Mobilität» und «Wohnen» verursachen je ein Drittel der Schweizer Gesamtumweltbelastung. Das heisst, ressourcensparende Massnahmen müssen zwingend bei diesen drei Lebensbereichen ansetzen. Zum anderen müssen Steuerausfälle – verursacht durch eine Verteuerung der Produktion, durch einen Wegzug von Firmen ins Ausland, durch den Verlust von Arbeitsplätzen sowie durch den Verlust von Wohlstand – über neue Steuern wieder gedeckt werden. Insbesondere Mittelstand und Familien werden überdurchschnittlich stark belastet.

- Es drohen neue Steuern und ein Verlust an Lebensqualität und Komfort.

Im Weiteren muss die Bevölkerung eine grundlegende Verhaltensänderung an den Tag legen. Aufgrund der Radikalität der Initiativforderung reichen effizienzsteigernde Massnahmen aufseiten der Schweizer Unternehmen bei Weitem nicht aus, um das Initiativziel bis ins Jahr 2050 zu erreichen. Durch Bevormundung und Zwangsmassnahmen muss die ganze Bevölkerung den gewohnten Lebensstil grundlegend verändern und sich teilweise stark einschränken. Das ist auch die Kernaussage der BAFU-Studie «RessourcenEFFizienz Schweiz REFF» .

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Wie grün soll die Wirtschaft sein?

Leitfragen Gegenüberstellung von Pro- und Kontra-Argumenten

7 Auftrag 5: Leitfragen

Beantworten Sie die folgenden Fragen zu Text 1 «Ja zur Grünen Wirtschaft» und Text 2 «economicsuisse».

w&p aktuell



Ja zur Grünen Wirtschaft

1. Welche Motivation steht laut dem Komitee «Ja zur Grünen Wirtschaft» hinter der Initiative?

Die Schweiz steht heute europaweit an zweiter Stelle auf der Liste der grössten Abfall- und Elektroschrottproduzenten. Ausserdem fällt die Schweiz beim Umweltschutz gegenüber dem Ausland zurück. Die EU hat bereits ehrgeizige Massnahmen beschlossen (z. B. Importverbot von Holz aus illegaler Abholzung).

2. Wie hat der Bundesrat auf die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» reagiert? Was ist ein indirekter Gegenvorschlag?

Der Bundesrat hat den Handlungsbedarf erkannt und der Initiative als Gegenvorschlag die Revision des Umweltschutzgesetzes (entspricht einem indirekten Gegenvorschlag) gegenübergestellt. Der Gegenvorschlag ist aber im Parlament gescheitert.

3. Welche Vorteile würden sich für die Wirtschaft bieten? Was versteht man unter Cleantech-Lösungen? Nennen Sie Beispiele.

Unter Cleantech oder clean technologies (saubere Technologien) werden Produkte, Prozesse oder Dienstleistungen beschrieben, die die Effizienz oder Produktivität steigern und gleichzeitig Kosten, natürliche Ressourcen, den Energieverbrauch oder Abfälle/Verschmutzung reduzieren. Mit sogenannten Cleantech-Lösungen, wodurch Energie effizient genutzt und Ressourcen geschont werden, ergibt sich ein Wettbewerbsvorteil für die Schweiz. Eine höhere Wettbewerbsfähigkeit und Entlastung der Umwelt sind die Folge. Zudem verringert sich die Abhängigkeit vom Ausland und mehr lokale Wertschöpfung wird geschaffen. Die Nachfrage nach Cleantech-Lösungen ist stark steigend und schafft hochwertige Arbeitsplätze.

4. Wie würden die Konsumentinnen und Konsumenten von der Initiative profitieren?

Konsumentinnen und Konsumenten profitieren beispielsweise durch langlebige Produkte, deren verbesserter Deklaration oder einfacherem Zugang zu Recycling. Insbesondere werden Kosten gesenkt, wenn es mehr Reparatur- und Wiederverwertungsmöglichkeiten gibt.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

economiesuisse

- 1. Wodurch kämen mit der Initiative hohe volkswirtschaftliche Kosten auf die Schweiz zu? Erläutern Sie eine mögliche Massnahme anhand eines Beispiels.**

Durch die Forderungen der Initiative sind extreme und abrupte Strukturänderungen in Unternehmen nötig. Mögliche Massnahmen wären Produktionsbeschränkungen, Importverbote oder hohe Umweltafgaben. Diese Massnahmen verteuern Produkte und Dienstleistungen, was wiederum die Hochpreisinsel Schweiz weiter zementiert und die Kaufkraft der Privatpersonen senkt.

- 2. Weshalb macht es gemäss der Gegner der Initiative wenig Sinn, die Schweiz bezüglich Ressourceneffizienz mit anderen Ländern zu vergleichen?**

Die Diskussion ist deshalb so schwierig, weil das Wohlstandsgefälle der Länder so weit auseinanderklafft. Insbesondere Entwicklungsländer lassen sich nicht mit einem Industriestaat vergleichen. Zudem haben mehrere Faktoren Einfluss auf den Ressourcenverbrauch eines Landes, so zum Beispiel die Bevölkerungszahl oder das Bevölkerungswachstum. All das muss in der Diskussion mitberücksichtigt werden. Es ist unsinnig, die Schweiz beispielsweise mit Togo zu vergleichen.

- 3. Weshalb werden zusätzliche Regelungen bezüglich ressourceneffizientem Wirtschaften als unnötig betrachtet? Erklären Sie dies auch anhand der Grafik im Text.**

Mehr als 60 Prozent des durch den Schweizer Konsum verursachten Ressourcenverbrauchs wird im Ausland verursacht, wofür internationale statt nationale Lösungen gefordert sind. Ein Schweizer Alleingang nützt den globalen Umweltproblemen wenig, da im Ausland weiterhin Ressourcen verschwendet werden. Hinzu kommt, dass Potenziale für umweltschonendes Wirtschaften bei Schweizer Unternehmen bereits weitgehend ausgeschöpft sind. Durch Ressourceneffizienz werden neben Umweltschonung auch tiefere Produktionskosten erreicht. Daher setzen bereits heute zahlreiche Schweizer Unternehmen freiwillige Massnahmen um. Damit dies weiterverfolgt wird, sind nicht neue Regulierungen nötig, sondern eine Sicherstellung des unternehmerischen Freiraums.

- 4. Welche Nachteile würden sich für Privatpersonen ergeben?**

Es müssen höhere Preise für Lebensmittel, Reisen und Mieten erwartet werden. Daneben drohen neue Steuern, die Steuerausfälle aufgrund verteuerter Produktion, Wegzug von Firmen ins Ausland und den Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand wieder decken. Des Weiteren muss neben den Unternehmen auch die Bevölkerung ihr Verhalten ändern. Der gewohnte Lebensstil muss verändert werden und es müssen zum Teil Einschränkungen geleistet werden. Es kommt zur persönlichen Bevormundung sowie zur Einschränkung der Wahlfreiheit.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Gegenvorschlag zum Initiativtext

Fazit aus den beiden Positionen

In der Frage um die «Grüne Wirtschaft» bestehen immer Zielkonflikte. Beide Seiten führen Argumente für und gegen die Initiative auf. Während die Pro-Seite insbesondere die Vorteile und Chancen für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigt, betont die Kontra-Seite die volkswirtschaftlichen Kosten und Hindernisse.

Nach der Gegenüberstellung und Diskussion der Standpunkte beider Seiten sollen nun eine eigene Meinung und ein eigener Lösungsansatz entwickelt werden.

8 Auftrag 6: Gegenvorschlag zum Initiativtext

Gibt es einen «goldenen Mittelweg», der die Vorteile einschliesst und geringere oder schwächere Nachteile aufweist?

Wägen Sie beide Seiten gegeneinander ab und setzen Sie Ihre Schwerpunkte, die Ihrer Meinung nach ideal sind. Verfassen Sie einen aus Ihrer Sicht realistischen Gegenvorschlag zum Initiativtext. Machen Sie sich dabei auch Gedanken über mögliche Konsequenzen zu Ihrem Lösungsvorschlag.

Hinweis: Zu diesem Auftrag gibt es keine Lösungen, nur verschiedene Meinungen!

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Quellenverzeichnis

economiesuisse

www.srf.ch/play/tv/popupvideoplayer?id=6a016e3c-bdb0-4523-a1a6-ff1396949d49
www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis402t.html
www.gruenewirtschaft.ch/argumente
www.gruener-zwang.ch/de/argumente
https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/gruwi/pages/146/attachments/original/1470342870/gw_erl%C3%A4uterungen_d.pdf?1470342870

Pro

https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/gruwi/pages/146/attachments/original/1470342870/gw_erl%C3%A4uterungen_d.pdf?1470342870
www.handelszeitung.ch/politik/start-der-kampagne-zur-initiative-gruene-wirtschaft-1127678

Kontra

<https://my.abstch.ch/page/-/Gr%C3%BCne%20Wirtschaft/DE/Info%20und%20Kurzargumentarium%20Volksinitiative%20Gr%C3%BCne%20Wirtschaft.pdf>
www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/buergerliche-mehrheit-lehnt-gruene-wirtschaft-ab/story/20467533